



Kommt zur großen Friedensdemo: 25. November in Berlin!

Mit dem Aufruf „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ mobilisieren über 120 Aktive aus der Friedensbewegung, Gewerkschaften, Parteien und Initiativen zu einer großen Friedensdemonstration am 25. November in Berlin vor dem Brandenburger Tor, um gegen die im Bundestag vorgesehenen Verabschiedung des Rüstungshaushaltes zu protestieren. Zu den Erstunterzeichnern gehören von der LINKEN u. a. Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Amira Mohamed Ali, Sören Pellmann sowie Kulturschaffende wie die Schriftstellerin Daniela Dahn und

die Sänger Hannes Wader und Dirk Zöllner.

In dem Aufruf heißt es: „21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung IHK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit ... Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik

und für Rüstungskontrolle und Abrüstung:

- **Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.**
- **Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.**
- **Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.“**

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Märkisch-Oderland unterstützt die Initiative und ruft Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Kommissarischer
Kreisvorstand

Seite 2

Mitgliederbrief
der Landesspitze

Seite 2

Europaparteitag
in Augsburg

Seite 3

Wem gehört
das Wasser?

Seite 5

◀ Linke vor Ort

Kommissarischer Kreisvorstand der LINKEN

Impulse sprach mit Doris Richter und Ronny Kühn

Nachdem Niels-Olaf Lüders auf der Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Märkisch-Oderland am 28. September aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt als Kreisvorsitzender bekannt gegeben hat, haben die bisherigen Stellvertreter Doris Richter aus Seelow und Ronny Kühn aus Strausberg kommissarisch den gemeinsamen Vorsitz übernommen.

In einem Gespräch mit „Impulse“ machten die zeitweiligen Co-Vorsitzenden auf die schwerwiegenden Aufgaben aufmerksam, die derzeit vor dem Kreisverband stehen wie die Stärkung der LINKEN angesichts einer be-

vorstehenden Spaltung und die Vorbereitung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024.

Doris Richter und Ronny Kühn wollen künftig enger mit den Ortsverbänden zusammenarbeiten. „Der Kreisvorstand soll wieder ein Motor der Arbeit der Linken in MOL werden und nicht nur ein Scharnier zwischen den Ortsgruppen. Wir haben so viele motivierte und schlaue Leute in unserer Partei, die wir zusammenhalten und zusammenführen müssen. Das ist herausfordernd. Wenn wir das hinbekommen, werden wir sicher auch attraktiver für neue Mitstreiter*innen

und es kann am Ende was werden mit der vielbeschworenen modernen Gerechtigkeitspartei“, unterstrich Ronny Kühn.

Die Kreisgeschäftsstelle in Strausberg soll zudem zu einem hilfreichen, offenen Anlaufpunkt für Genoss*innen und Sympathisant*innen weiterentwickelt werden mit der Besetzung von Matthias Böhme und Gianna Faust. Die bisherige Geschäftsführerin Simone Schubert war Anfang Oktober aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Voraussichtlich wählt der Kreisverband der LINKEN turnusmäßig im Frühjahr 2024 einen neuen Vorstand.

JETZT gemeinsam kämpfen:

DIE LINKE ist die Adresse für soziale Gerechtigkeit

In einem Mitgliederbrief erklärten die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Brandenburg, Katharina Slanina und Sebastian Walter am 20. Oktober 2023:

„Liebe Genossinnen und Genossen, lange ist darüber spekuliert worden – nun ist es Realität: Gemeinsam mit weiteren Mitstreiter:innen wird Sahra Wagenknecht die Gründung einer eigenen Partei, des „Bündnisses Sahra Wagenknecht“ bekanntgeben. Hinter den Kulissen wurde das bereits seit Monaten vorbereitet, der als Keimzelle dienende Verein bereits im Juli diesen Jahres gegründet. Systematisch wurden und werden Ressourcen der Bundestagsfraktion und unserer Partei für den Aufbau eines Konkurrenzprojektes genutzt.

Wir sagen es ganz klar: Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener

Genossinnen und Genossen, die sich tagtäglich auf der Straße, in den Kreisverbänden, in Kommunalvertretungen und Parlamenten für ein sozialeres Land engagieren. In einer Situation, in der ein beispielloser politischer Rechtsruck stattfindet, den Versuch zu unternehmen, die einzig relevante linke Partei in Deutschland zu spalten, ist in höchstem Maß verantwortungslos. Schon im Namen macht der neue Verein deutlich: Das neue Bündnis ist weniger auf politische Inhalte als ganz und gar auf eine Person ausgerichtet. Das hat keine Zukunft.

Für DIE LINKE ist diese nunmehr geschaffene Klarheit, eine große Chance. Die Chance, uns ohne weitere lähmende Grabenkämpfe auf Bundesebene auf unsere wichtigste Aufgabe zu konzen-

trieren: den Kampf um ein funktionierendes, ein sozialeres, ein gerechteres Land. Ein Land, in dem jede:r seine Wohnung und die Energierechnung bezahlen kann, in dem das Klima so geschützt wird, dass die Reichen dafür zahlen und nicht die, die sowieso mit jedem Euro rechnen müssen. Ein Land, in dem Bildung, Gesundheit, Kultur und Mobilität für jede:n verfügbar sind.

Dafür steht DIE LINKE, dafür kämpfen wir gemeinsam in den Kommunen und natürlich auch im Landtag. Wir sind bei den Menschen, wir kennen und teilen ihre Sorgen und Nöte. DIE LINKE wird gebraucht – heute mehr denn je! ... Gemeinsam sind wir stark – und gemeinsam werden wir gestärkt aus dieser Krise herauskommen!“

◀ Linke vor Ort



Im Mittelpunkt des Parteitages der Partei DIE LINKE. am 17. und 18. November im Messezentrum Augsburg stehen das Europawahlprogramm sowie die Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2024.

Auf der Vertreter*innenversammlung am 19. November werden die Kandidaten der LINKEN für die Europawahlen gewählt. Dafür bewerben sich u. a. die Ökologin

und Kapitänin: Carola Rakete, der Co-Vorsitzende der linken Fraktion im EU-Parlament THE LEFT: Martin Schirdewan, die Europaabgeordnete: Özlem Demirel, der Hochschulprofessor, Arzt und Armutsbekämpfer: Gerhard Trabert sowie die Leiterin des Wahlkreisbüros des Europaabgeordneten Helmut Scholz und Referentin für Europapolitik der LINKEN im Landtag Brandenburg – Frederi-

ke-Sophie Gronde-Brunner. Im Entwurf für das Europawahlprogramm heißt es: „DIE LINKE will ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit, Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge und den Ausverkauf an Konzerne auszubeuten. Eine EU, in der die Menschen mehr zählen als der Profit.“

Wir sind da, gut sichtbar und ansprechbar! Beobachtungen unter dem LINKEN-Schirm

Hoppegarten hat zwei S-Bahnhöfe und einen U-Bahnhof. Hier - an allen drei Knotenpunkten - wollen die Genossinnen und Genossen seit Oktober monatlich einmal direkt mit den Menschen ins Gespräch kommen. LINKEN-Theke und großer LINKEN-Schirm zeigen weithin sichtbar: Wir sind da! Wir sind ansprechbar!

Die meisten Passanten huschen eilig an uns vorüber. Also gehen wir auf sie zu, bieten ihnen einen Flyer über unsere Linksfraktion in der Gemeindevertretung an. Wenn unsere Worte fallen: „Arbeit der LINKEN in Hoppegarten“, reagieren doch einige interessiert und nehmen das Schriftstück mit einem freundlichen Lächeln mit auf ihren Weg.

Die Wenigen, die stehenbleiben, freuen sich, mit uns sprechen zu können, weil wir uns hier vor Ort

konkret den Fragen stellen und gebraucht würden. Es sind vor allem Sympathisanten, die darüber reden, dass sie die Auseinandersetzungen in der LINKEN nerve, dass sie sich Klarheit über die Ziele der Partei wünschten sowie dass sie die Politik der Bundesregierung in viele Punkten falsch fänden wie Kriegsbeteiligungen, Waffenlieferungen, Energiepolitik. Wir erfahren unmittelbar, was den Leuten unter den Nägeln brennt zum Beispiel, dass es der Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung bis Anfang Oktober noch immer nicht vermocht hatten, einen Haushalt für 2023 der Gemeindevertretung zur Abstimmung vorzulegen und deshalb wichtige Vorhaben in Hoppegarten nicht angegangen werden könnten. Wir werden daran erinnert, wie wichtig es ist, dass wir uns für

Lösungen von Problemen einsetzen. Zudem stärken wir unter dem gemeinsamen LINKEN-Schirm unser Miteinander und Selbstvertrauen. Es ist dringend erforderlich, dass wir in unsicheren Zeiten der LINKEN sichtbar, vernehmbar und aktiv sind!

Renate Adolph



◀ Linke vor Ort

Strausberger LINKE mit beachtlicher Bilanz und neuem Vorstand

Eine beeindruckende Bilanz über die intensive und ereignisreiche Arbeit der LINKEN Strausberg in den vergangenen zwei Jahre konnte der bisherige Stadtvorstand auf einer Wahl-Gesamtmitgliederversammlung Ende September ziehen. Dabei hat sich das Konzept der kollektiven Führung mit Gianna Faust, Susanne Lang, Maria Düsterhöft, Ute Wunglück, Matthias Böhme und Ronny Kühn bewährt. Eine Vielzahl von Aktivitäten wurden angestoßen und gemeinsam mit den Mitgliedern umgesetzt. Dazu gehören u. a. inhaltliche AGen wie das Klimakollektiv, das Mietenkollektiv, das Aktiventreffen

für Mitglieder und Sympathisanten, die sich einbringen wollen sowie ein monatlicher Mitgliederrundbrief.

Zudem organisierten die Genoss*innen gemeinsam mit anderen politischen Bündnissen mehrere Friedenskundgebungen und Diskussionsforen zum Ukrainekrieg sowie gegen Aufrüstung und Rechtsextremismus. Dazu zählen die Kundgebung gegen die 100 Milliarden für die Bundeswehr 2022, der Ostermarsch durch Strausberg 2023, die Strausberger Friedensfeste 2022 und 2023, idenreiche 1. Mai-, Frauentags- und Gedenkveranstaltungen sowie

weitere Podien, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen wie das Rote Wohnzimmer.

Bei der turnusmäßigen, geheimen Wahl wurde der bisherige Vorstand nahezu wiedergewählt. Nur Ute Wunglück unterlag nach einem zunächst gleichen Stimmenergebnis in der Stichwahl knapp der nun neu hinzukommenden Kerstin Kaiser. Dem Führungsteam wird künftig auch Dieter Schäfer angehören. Dem Stadtvorstand stehen jetzt zwei weitere spannende Jahre bevor, die sicherlich mit viel Tatendrang und ebenso spannenden Veranstaltungen gestaltet werden.

Sophie Preibisch

Öffentlicher Bücherschrank



Foto: U. Spranger

v. l. vorn: Andre Trocha, Dieter Schäfer, Christa Fanke, Alexander Ihlau, Ute Wunglück

Er sieht fast aus wie eine Telefonzelle, der öffentliche Bücherschrank in Strausberg an der Ecke

Große/Klosterstraße. Doch hier stapeln sich gut sortiert Bücher, die sich Leseratten einfach ausleihen können. Für ein entnommenes Buch sollte ein anderes hineingestellt oder später das gelesene zurückgebracht werden, erläutert Ute Wunglück bei der Eröffnung am 5. Oktober. Sie wird sich künftig gemeinsam mit einem Dutzend engagierter Mitstreiter*innen um die Auslagen in der Mini-Bibliothek kümmern.

Die Stadtverordnete erinnert daran, dass die Idee bereits vor Jah-

ren im einstigen Altstadtausschuss der Stadtverordnetenversammlung geboren wurde, als ein Teil zur Belebung der Innenstadt Strausbergs. Im vergangenen Jahr wurde der Bücherschrank dann schließlich von Bürger*innen als Vorschlag im Rahmen des Bürgerhaushaltes eingereicht und konnte nach einem positiven Abstimmungsergebnis endlich Wirklichkeit werden.

Ute Wunglück, freut sich über die geglückte Einrichtung und wünscht sich einen pulsierenden Gebrauch. r.a.

Erinnerung an Reichsprogromnacht in Freienwalde

Die Initiative „Bad Freienwalde ist bunt“ erinnert am 9. November an die Geschehnisse vor 85 Jahren in der Reichsprogromnacht und lädt zur Teilnahme ein. Ab 17 Uhr wird mit einem Rundgang an Stolpersteinen einiger Opfer in Bad Freienwalde gedacht:

Elsa und Gerda Lewin in der Königstraße 46, Max und Else Keilson in der Uchtenhagenstraße 1, Ingeborg Karger in der Karl-Marx-Straße 27 sowie Erwin und Else Brückmann in der Wasserstraße 9.

Um 18 Uhr folgt am Denkmal für die ehemalige Synagoge in der Fischer-

straße 29 eine Gedenkveranstaltung.

Im Hoftheater, Königstraße 11 wird um 19 Uhr im Rahmen der Reihe „Gegen das Vergessen“ der Film „Die Wannseekonferenz“ (Regie Matti Geschonneck) gezeigt.

Karin Klinger

◀ Linke vor Ort



Foto: R. Adolph

v. l. Ronny Kühn, Sebastian Walter, Judith Maringer, Fritz Viertel

Gesamtstrategie Wasser notwendig LINKE diskutierte Wassersituation der Region

Wem gehört das Wasser? Über die Wassersituation am östlichen Berliner Stadtrand debattierten Linkspolitiker mit über 50 Bürgerinnen und Bürger Ende September in Neuenhagen. Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg, sowie die Kommunalvertreter Fritz Viertel aus Schöneiche und Ronny Kühn aus Strausberg verlangten von der Landesregierung, endlich eine Gesamtstrategie für das Wassermanagement angesichts des seit Jahrzehnten sinkenden Grundwasserspiegels zu erarbeiten.

Ausgangspunkt des Forums, das Judith Maringer von der LINKEN Neuenhagen moderierte, bildete das von einzelnen Bürgermeistern angestrebte Abwahlverfahren gegen die Führung des Wasserverbandes Strausberg-Erkner (WSE). Dagegen hatte sich breiter Widerstand von Umwelt- und Zweckverbänden, Organisationen und Parteien gebildet.

In mehreren Kommunen hatten die LINKEN im Bündnis mit anderen Fraktionen in ihren Vertretungen Anträge gegen ein Abwahlverfahren gestellt. In Schöneiche beispielsweise entschied die Gemeindevertretung dank starker Mobilisierung, dass der Bürgermeister (ursprünglich Mitinitiator des geplanten Abwahlverfahrens) auf der Verbandversammlung des WSE am 27. September gegen eine Abwahl stimmen musste. Letztlich verhinderten 10 gegen 4 Bürgermeister die Abwahl. WSE-Verbandsvorsteher, André Bähler, und sein Stellvertreter, Gerd Windisch, bleiben weiterhin im Amt.

Sebastian Walter hatte zuvor auf dem Bürgerforum unterstrichen, dass der WSE und insbesondere André Bähler wegen deren Fachexpertise, Sachverstand und der niedrigen Gebühren für Trink- und Schmutzwasser landesweit anerkannt seien. Klimawandel, gewachsene Einwohnerzahlen sowie

die Ansiedlung des Großprojektes Tesla stellten den WSE und andere Zweckverbände im Berliner Umland vor große Herausforderungen für eine verantwortungsvolle Wasserversorgung.

Wasser sei nicht mehr in unbegrenzter Menge vorhanden. Einige Bürgermeister hätten dagegen Investitionen in ihren Kommunen im Blick, mit wiederum steigenden Wassermengen. Verteilungskämpfe hätten begonnen. Hier stehe das Land in der Verantwortung, den gesetzlich verbrieften Vorrang der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sicherzustellen. Ganzheitliche Lösungen müssten her. Strategische Konzepte der Landesregierung für den sinnvollen Umgang mit der wichtigen Ressource Wasser gäbe es aber bisher nicht.

Fritz Viertel verwies darauf, dass der vorjährige Beschluss der Verbandsversammlung des WSE, neuen Bebauungsplänen keine positiven Bescheide mehr zu geben, dereinst von allen Bürgermeistern mitgetragen wurde. Durch eine Abwahl der WSE-Führung würde das Wasserproblem in der Region nicht gelöst. Das bringe nicht mehr Wasser. Zurzeit werde mehr Grundwasser entnommen als regeneriert.

Auch Ronny Kühn verlangte, die Wasserfrage endlich ins Zentrum der Politik zu rücken. Die Landesregierung müsse ihre übergeordnete Verantwortung wahrnehmen, ihre Steuerungsfunktion übernehmen und alle Zweckverbände und Kommunen an einen Tisch bringen. Es sei notwendig, perspektivische Lösungen für die nächsten 30 bis 50 Jahre zu finden. In den 70er Jahren hätte es eine Untersuchung des Grundwasserkörpers gegeben. Das sollte schnellstens wiederholt werden.

Renate Adolph

◀ **Vorgestellt**

Sommerfest mit 200 Gästen im „allerhand“

Unter einem Dach wohnen mit mehreren Generationen



Im Strausberger Wohnprojekt „allerhand“ fand Ende September ein Spätsommerfest mit rund 200 Gästen statt. Die ersten kamen schon nachmittags zu Kaffee und Kuchen. Viele blieben übers Abendessen, das vom Hofkollektiv Bienenwerder zubereitet wurde, bis in die Nacht. Die beiden Punkbands „Oironie“ und „not amused“ traten auf der Terrasse auf und dann wurde noch bis in die frühen Morgenstunden getanzt. Aber auch die vielen Kinder kamen nicht zu kurz: Beim Kinderschminken wurden sie zu Löwen, Feen, Marienkäfern und Einhörnern. Und sie konnten sich in der Bastelecke und auf dem Trampolin austoben. Anschließend gab es eine Show der Handpuppe Pachy C. Saurus. Pachy und die Aktiven hinter dem Projekt wollen gesellschaftliche Themen

kindgerecht aufbereiten, von Regeln über Schönheitsnormen bis hin zu Diskriminierungen. Dabei ist Pachy aber nicht trocken und langweilig, sondern ziemlich witzig und die Löwen und Einhörner hatten großen Spaß dabei. Viele Besucher*innen sahen das Projekt zum ersten Mal in (fast) fertigem Zustand. 25 Erwachsene und 8 Kinder leben in dem Gemeinschaftsprojekt in der August-Bebel-Straße, der Jüngste ist 1 Jahr, die Älteste 75 Jahre alt. Die Bewohner*innen teilen nicht nur ihren Alltag miteinander, sondern verwalten auch ihr Haus selbst.

Denn das allerhand ist Teil des Mietshäuser Syndikats. In dieser Struktur sind bundesweit fast 200 Wohnprojekte zusammengeschlossen. Was sie eint: Die Bewohner*innen treffen alle Entscheidungen gemeinsam, sie verwalten ihr Haus selbst und meist ehrenamtlich. Als Teil des Syndikats ist das Haus quasi unverkäuflich und damit dem freien Markt entzogen, Profit wird nicht erwirtschaftet. So bleiben die Mieten stabil.

Ideen, wie das Syndikat können ein wichtiger Baustein für eine

linke Wohnungspolitik sein. Das weiß auch Isabelle Vandré. Sie ist wohnungs- und mietenpolitische Sprecherin der Brandenburger Linksfraktion.

So haben sie und der Schöneicher Gemeinderatsvertreter Fritz Viertel Anfang Oktober zur Veranstaltung „Wohnst du noch oder suchst du schon?“ eingeladen, die ebenfalls in einem Syndikats-Projekt stattfand. Rund 25 Interessierte, davon fast die Hälfte aus Märkisch-Oderland, diskutierten in der Gemeinschaftsküche des Projekts „WohnTat“ in Schöneiche über steigende Mieten und Verdrängung, über kommunalpolitische Lösungen, aber auch über Initiativen wie das Mietshäuser Syndikat. „Natürlich kann nicht jede*r in einem solchen Hausprojekt leben. Aber einige Anregungen lassen sich durchaus übernehmen: Das Wohnen mit verschiedenen Generationen, das Teilen von Ressourcen, die Selbstverwaltung und der Gedanke des Gemeineigentums - all das sind wichtige Bausteine für eine linke Wohnungspolitik“, sagte Isabelle Vandré.

Das „allerhand“ ist übrigens nicht das einzige Syndikats-Projekt in Märkisch-Oderland. Auch das „doma“ in Strausberg und das „Giebelhaus“ in Müncheberg gehören zu dem Verbund.

Gianna Faust



Wohnen klimagerecht organisieren

Workshop vom Gesprächskreis Stadtpolitik, dem Arbeitskreis Organizing und der Fachgruppe Energiepolitik in der **Rosa-Luxemburg-Stiftung**, 10. November 18 Uhr bis 12. November 15 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, bitte anmelden!

Infos: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/XVCF4

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Demütigungen und Rentendiebstahl beenden!

Zur Fristverlängerung bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds für bestimmte Berufsgruppen zur „Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung“ erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter, am 15. Oktober: „Tausende Brandenburger Rentner*innen werden seit über 30 Jahren um ihr hart erarbeitetes Geld aus Betriebsrenten der DDR gebracht und noch immer ist keine Gerechtigkeit in Sicht. Bis zu 300 Euro weniger pro Monat bedeutet das konkret für ältere Menschen in Brandenburg. Das ist nichts ande-

res als Rentendiebstahl! Die aktuellen Zahlen zeigen: Der vom Bund geschaffene Härtefallfonds geht völlig am Problem vorbei. Bisher stellten 1055 Brandenburger*innen einen entsprechenden Antrag, gerade mal 11 Anträge wurden bisher bewilligt. Die Fristverlängerung allein wird das Problem nicht lösen. Rund 90 Prozent der betroffenen Rentner*innen können die Einmalzahlung jedoch gar nicht erst beantragen, da die strengen Kriterien sie von vornherein ausschließen. Wir fordern eine kurzfristige Erweiterung der berechtigten Personengruppen sowie einen Gerechtig-

keitsfonds mit einer Einmalzahlung von 25.000 Euro pro Antrag! Die Landesregierung muss endlich ihre Verantwortungslosigkeit aufgeben und Ministerpräsident Woidke muss sich persönlich für einen Gerechtigkeitsfonds einsetzen. Es geht um tausende Brandenburger*innen, die endlich eine Anerkennung ihrer Lebensleistung verdient haben. Diese anhaltende Demütigung von Ostdeutschen, die in der Braunkohle, der Post und bei der Reichsbahn gearbeitet haben und insbesondere die von in der DDR geschiedenen Frauen, muss endlich beendet werden!“

SVV Strausberg verabschiedete Friedensbrief an Olaf Scholz

In einem offenen Brief forderte die Stadtverordnetenversammlung (SVV) Strausberg am 28. September den Bundeskanzler Olaf Scholz, die Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder des Deutschen Bundestages mehrheitlich auf, sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen und damit eine Ausdehnung des Krieges zu verhindern. Waffenstillstand und der Beginn eines Verhandlungsprozesses sind nach ihrer Auffassung der einzige Weg, um den Konflikt zu beenden.

Der Stadtvorstand der LINKEN und die Fraktion Die Linke-Partei haben die Initiative für diesen Brief aktiv unterstützt und mit Bürger*innen unterschiedlicher politischer Ein-

stellungen eng zusammengearbeitet. So hat Martin Schülke von der Initiative „Strausberger Friedensdemonstration“ in der Einwohnerfragestunde der SVV die Verabschiedung des Briefes vorgeschlagen. Dabei wurde der gleiche Brieffext verwandt, den die Altlandsberger Kommunalvertreter bereits zuvor im März einstimmig beschlossen hatten. Das war einer der ersten Appelle dieser Art an Olaf Scholz aus Brandenburg nach Königs Wusterhausen und Bernau.

Unsere Fraktion sieht darin ein deutliches Signal an den Bundeskanzler und Politiker unseres Landes, um einen Kurswechsel von der Politik der weiteren Eskalation zur Politik der Diplomatie zu vollzie-

hen. Stopp der Waffenlieferungen, Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine sind dringend notwendig, um die Gefahr der Ausweitung des Krieges auf ganz Europa und eines 3. Weltkrieges zu verhindern.

Die russische Aggression ist ein Bruch des Völkerrechts und das Ukrainische Volk hat das Recht auf Verteidigung. Aber hier sollten auch Grenzlinien gezogen werden, die eine Eskalation des Krieges zu einem atomaren Konflikt verhindert. Setzen wir uns weiter dafür ein, dass das Töten schnell ein Ende hat.

*Meinhard Tietz
Fraktion Die Linke-Partei*

Ausstellung zu Flucht und Migration im Rathaus

Die Ausstellung «10 Views on Migration» kann vom 8. November bis 20. Dezember, werktags 10 bis 18 Uhr, im Foyer des Rathauses Strausberg, Hegermühlenstraße 58, kostenlos besucht werden.

Die Vereine Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie alternatives denken Strausberg laden hier zu zehn kurzen Dokumentarfilmen mit unterschiedlichen Sichtweisen junger afrikanischer Filmemacher*innen

auf Migration innerhalb und außerhalb des Kontinents ein.

**Muhammed
Lamin Jadama**



Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 - 12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. Nov. 2023

Erscheinen: 1. Dez. 2023

Treffpunkt Große Straße 45**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle
der LINKEN in Strausberg.****Gemeinsames Frühstück**

jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

Der Kreisvorstand tagtDonnerstag, 23. November,
16.30 Uhr**DIE LINKE hilft: Kostenlose Rechtsberatung**jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder
<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>**Gesamtmitgliederversammlung**

Der amtierende Kreisvorstand lädt die Mitglieder der LINKEN Märkisch-Oderland zur Wahl der Vertreter*innen für die Aufstellung der Landesliste der Partei zur Landtagswahl 2024 ein:

**Samstag, 4. November, 10 Uhr, STIC TP6,
Garzauer Chaussee 1a, Strausberg.**

Anschließend von 11 bis 15 Uhr findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung über die Europapolitik der LINKEN statt, mit einem Gespräch der Abgeordneten und Vorsitzenden des Europaausschusses im Landtag Brandenburg, Bettina Fortunato, und der Kandidatin für das Europaparlament der LINKEN-Landesverbände Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Frederike-Sophie Gronde-Brunner.

Außerdem werden Nach- und Ersatzwahlen von Delegierten zum Bundesparteitag sowie zur Vertreter*innenversammlung der LINKEN zur Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl und drei Mitglieder für den Landesausschuss der Partei gewählt.

Konzert

Tino Eisbrenner

und Gespräch

Gesine Löttsch (MdB)

14.11.23

18:00 Uhr

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 BerlinAnmeldung unter: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/TCUBE**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG****Die Linksfraktion des
Kreistages MOL**trifft sich am **8. November**, 15.30 Uhr im
Kreiskulturhaus Seelow,
Erich-Weinert-Straße 12.Ab 17 Uhr tagt der Kreistag in dem
Kreiskulturhaus.**Linke Bündnisse gegen
rechten Vormarsch**Über die Konsequenzen der zunehmenden Stärke der AfD und damit verbundener Rechtstendenzen in Politik und Gesellschaft spricht Andrea Johlige, Abgeordnete der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, auf einem Forum der LINKEN. Dabei diskutiert sie über Bündnisse sowie linke Mobilisierung auf kultureller, sozialer, ökologischer und politischer Ebene:
9. November, 18 Uhr, August-Bebel-Str. 20a, Strausberg.**Die Bitten der Kinder**Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Strafe sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner sollt töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen`s erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertold Brecht 1951

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Ronny Kühn und Doris Richter, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat